

64. Sitzung des Gemeinderates **- öffentlich -**

Sitzungstag:

Mittwoch, 10.04.2019

Sitzungsort:

Sitzungssaal Rathaus 1. OG

Namen der Mitglieder des Gemeinderates		
anwesend	abwesend	Abwesenheitsgrund
Vorsitzender: Erster Bürgermeister Andreas Kemmelmeier		
Niederschriftführer: Schriftführer Lothar Kipp		
Gremiumsmitglieder: Betina Mäusel Johann Zehetmair Manfred Axenbeck Josef Ebert Dr. Günther Ernstberger Gisela Fischer Sabine Fister Udo Guist Lorenz Ilmberger Albert Kirnberger Franz Klietsch Johannes Mecke Günter Peischl Andreas Post Manuel Prieler Marianne Rader Jutta Schödl Philipp Schwarz Gerda Settele Franz Solfrank Simone Spratter Thomas Weingärtner		
	Gertrud Mörike Manfred Unterstein	

64. Sitzung des Gemeinderates vom 10.04.2019

Lfd.
Nr. Anwe-
 send

Vortrag - Beschluss

Der Vorsitzende begrüßt die Mitglieder des Gemeinderats, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Er begrüßt ferner die anwesenden Vertreter der Presse, die Vertreter der Verwaltung sowie sämtliche Zuhörer der öffentlichen Sitzung.

Vor Einstieg in die Sitzung bittet der erste Bürgermeister die Anwesenden, sich für eine Gedenkminute für das kürzlich verstorbene Gemeinderatsmitglied Herr Manfred Unterstein von ihren Plätzen zu erheben.

Nach dem Gedenken an das verstorbene Mitglied informiert der Vorsitzende, dass der Tagesordnungspunkt 9 der heutigen öffentlichen Sitzung vertagt wurde und daher weder aufgerufen noch behandelt wird.

Entschuldigt fehlt heute das Gemeinderatsmitglied Frau Mörike.

Der Vorsitzende gratuliert dem Gemeinderatsmitglied Herrn Udo Guist recht herzlich nachträglich zum Geburtstag.

Nachdem keine Einwände gegen die festgesetzte Tagesordnung bestehen, eröffnet der Vorsitzende die Sitzung.

868 23 **Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift**

Beschluss: 22 : 0

Die Niederschrift aus der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 14.03.2019, die den Gemeinderatsmitgliedern übermittelt worden ist, wird genehmigt.

AZ 024
Hauptamt

869 23 **Bekanntgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlichen Sitzungen**

Von den in nichtöffentlichen Sitzungen des Gemeinderates gefassten Beschlüsse werden folgende Beschlüsse in der heutigen öffentlichen Sitzung verlesen, weil die Gründe der Geheimhaltung noch bestehen:

Beschluss von der heutigen nichtöffentlichen Sitzung, Nr. G894:
Feststadl Unterföhring; Auftragsvergabe
Teil-Bekanntmachung

Der Gemeinde Unterföhring liegen aktuell zwei wertbare Angebote zur Errichtung eines Feststadls vor.

64. Sitzung des Gemeinderates vom 10.04.2019

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Das technische Aufklärungsgespräch ist durch die Verwaltung unter Teilnahme folgender weiteren Teilnehmer zu führen:

- Erster Bürgermeister Andreas Kemmelmeier
- PWU-Fraktion: Herr Udo Guist Stellvertreter: Frau Gertrud Mörike
- CSU-Fraktion: Herr Manfred Axenbeck Stellvertreter: Frau Betina Mäusel
- SPD-Fraktion: Herr Philipp Schwarz Stellvertreter: Frau Jutta Schödl
- Bündnis90/Grüne: Frau Gisela Fischer Stellvertreter: Herr Johannes Mecke, bei Verhinderung ggf. ein weiterer Vertreter
- Objektplanung Ekert + Probst, München
- Fachplanung ELT R. Wieder GmbH, Erding
- Fachplanung HLS allwärme GmbH, Unterföhring
- Fachplanung Tragwerksplanung Eberhard Ingenieurbüro, München

Im Anschluss sind die Bieter zur Abgabe eines Finalangebotes aufzufordern.

Die Verwaltung wird ermächtigt, nach Vorliegen der Finalangebote / des Finalangebotes den Auftrag an den wirtschaftlichsten Bieter zu vergeben.

Die erforderlichen Ausgaben sind unter der Haushaltsstelle 33210.9420 in den Haushalt einzustellen und zu verbuchen.

Beschluss von der heutigen nichtöffentlichen Sitzung, Nr. G902: **Fortführung des Projekts Anlagenbuchhaltung / Vermögenserfassung**

Der Gemeinderat nimmt den Sachstand zum Projekt Anlagenbuchhaltung / Vermögenserfassung zur Kenntnis und stimmt einer Entfristung zu.

Die bereits im Stellenplan vorhandenen Stellen sind entsprechend fortzuschreiben.

Dieser Beschluss darf öffentlich bekannt gemacht werden.

AZ 024
Hauptamt

870 23

Antrag des Jugendbeirats auf Beibehaltung der Boulderwand in der Scheune der Kinder- und Jugendfarm Unterföhring

Der Vorsitzende gibt den Antrag des Jugendbeirates, eingegangen am 7. März 2019, bekannt, der in der Sitzung am 28.02.2019 einstimmig beschlossen wurde.

64. Sitzung des Gemeinderates vom 10.04.2019

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Hiernach wünscht der Jugendbeirat, dass die Boulderwand in der Kinder- und Jugendfarm so belassen wird, wie sie ist. Und dass der Gemeinderat einer entsprechenden Nutzungsänderung und der Schaffung eines zweiten Fluchtwegs zustimmt.

Begründung:

„Eine Boulderwand auf der FARM wäre eine von vielen Unterföhringer Kindern und Jugendlichen genutzte Einrichtung, so wie sie es ja bereits war. Auf der FARM – mit viel Platz – ist sie auch sehr gut untergebracht. Im FEZI, wie jetzt beschlossen, müsste sie erst wieder neu geplant werden; abgesehen davon, dass es für einen Umbau des FEZI noch keine Planungen gibt und im bisherigen FEZI scheint eine Unterbringung aus platztechnischen Gründen nicht möglich.

Besonders sollte der Gemeinde jedoch am Herzen liegen, dass die Kinder und Jugendlichen sich im Ort auf vielerlei Weise bewegen können und auch exotischeren Sportarten wie dem Bouldern einfach und unentgeltlich nachgehen können.

Leider gab es vor dem Beschluss des Gemeinderates zur Schließung der Boulderwand auf der FARM – außer einer Stellungnahme des Farmteams – keine Rücksprache mit dem Jugendbeirat oder Jugendlichen vor Ort. Außerdem meint der Jugendbeirat, dass bei jeder Nutzung des Obergeschosses der Scheune ein zweiter Fluchtweg für die Kinder und Jugendlichen, die sich dort aufhalten, nötig und sinnvoll ist.“

Der Erste Bürgermeister weist darauf hin, dass dieser Tagesordnungspunkt in der Sitzung am 14.3.2019 abgesetzt wurde. Die „Brandschutzrechtliche Stellungnahme“ vom 8.3.2018, Sachverständige für baulichen Brandschutz Kersken & Kirchner wurde dem Gremium zugestellt.

Nach ausgiebiger Diskussion im Gremium stellt Herr Prieler einen Antrag nach § 22 Abs. 3 GeschO auf Schließung der Rednerliste. Zu diesem Zeitpunkt sind noch sieben Wortmeldungen notiert.

Der Vorsitzende lässt über den gestellten Geschäftsordnungsantrag abstimmen.

Beschluss: 22: 0

Die Rednerliste wird geschlossen. Die zu diesem Zeitpunkt notierten sieben Wortmeldungen werden noch abgearbeitet.

Das Gemeinderatsmitglied Herr Post erscheint während dieses Tagesordnungspunkts zur Sitzung und beteiligt sich fortan an der Beratung und Beschlussfassung.

Frau Rader stellt gem. § 22 Abs. 3 GeschO den Antrag, über folgenden Alternativbeschlussvorschlag abstimmen zu lassen:

64. Sitzung des Gemeinderates vom 10.04.2019

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Der Gemeinderat stimmt der Schaffung eines zweiten Fluchtwegs für den Dachboden der Scheune dem Grunde nach zu. Bei der Ausführung soll neben einer Fluchttreppe auch die Schaffung einer Fluchtrutsche als Alternative geprüft werden.

Bezüglich der zu beantragenden Nutzungsänderung ist festzuhalten, dass die Nutzung als Bouldermöglichkeit so lange als Interimslösung geschaffen wird, bis eine Alternative im Fezi, wie im Dezember beschlossen, geschaffen ist.

Der Vorsitzende erläutert, dass nach Zulassung des Antrags von Frau Rader zunächst über den Verwaltungsvorschlag abgestimmt werde. Sollte dieser keine Mehrheit erhalten wird anschließend über den Alternativvorschlag von Frau Rader abgestimmt.

Der Vorsitzende lässt zunächst über die Zulassung des Antrags von Frau Rader abstimmen:

Beschluss: 22 : 1

Dem Antrag von Frau Rader, den benannten Alternativvorschlag als ggf. weitere Beschlussfassung vorzusehen, wird zugestimmt.

Nachdem der Antrag von Frau Rader zugelassen wurde lässt der Vorsitzende zunächst über den Verwaltungsvorschlag abstimmen.

Beschluss: 14 : 9

Der Gemeinderat nimmt den Antrag des Jugendbeirats aus der Sitzung 28.02.2019 zur Kenntnis und stimmt ihm wie folgt zu:

Der Beschluss vom 13.12.2018, Nr. 817, wird aufgehoben. Die Boulderwand in der Kinder- und Jugendfarm wird im Dach der Scheune belassen. Die Verwaltung wird beauftragt, die erforderlichen Schritte für eine Nutzungsänderung und die Realisierung des zweiten Fluchtwegs umzusetzen.

Die erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von 57.000 € brutto inkl. Baunebenkosten werden zur Verfügung gestellt und sind bei den Haushaltsstellen 46000.9421 (Sanierung) und 46000.9490 (Baunebenkosten) zu verbuchen.

Nachdem der Verwaltungsvorschlag angenommen wurde entfällt eine Abstimmung über den Alternativvorschlag.

Referent des Bürgermeisters
Az.

64. Sitzung des Gemeinderates vom 10.04.2019

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

871

23

Antrag der SPD-Fraktion auf Prüfung zur Errichtung für eine integrativen Kinderkrippe an der Tulpenstraße, Ecke Johanneskirchnerstraße

Der Erste Bürgermeister Andreas Kemmelmeier gibt den Antrag der SPD-Fraktion vom 17.03.2019, bei der Gemeinde eingegangen am 18.03.2019, zur Prüfung des Standortes für eine integrative Kinderkrippe an der Tulpenstraße, Ecke Johanneskirchnerstraße, bekannt.

Der Antrag lautet wie folgt:

Der Gemeinderat möge beschließen:

Die Gemeindeverwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob und wie auf dem gemeindlichen Grundstück Tulpenstraße, Ecke Johanneskirchnerstraße eine integrative Kinderkrippe umgesetzt werden kann. Es soll sowohl ein Umbau als auch ein Neubau geprüft werden. Das Ergebnis ist dem Gemeinderat zur Entscheidung vorzulegen.

Begründung:

Aktuelle Beschlusslage lautet - Öffentlicher Beschluss vom 08.03.2018, Lft.-Nr. 695:

- „Der Bürgermeister erläutert dem Gremium, dass die zweigruppige integrative Kinderkrippe an der Föhringer Allee auf Grund der Planungen für die Unterföhringer Ortsmitte nicht mehr am bisherigen Standort verbleiben kann und geplant war, diese in das „Zindlerhaus“ am S-Bahnhof zu verlegen.
Weiter erinnert der Bürgermeister[. . .], dass das „Zindlerhaus“ als Denkmal eingestuft wird, die Verwaltung beauftragt wurde für die zweigruppige integrative Kinderkrippe an der Föhringer Allee einen entsprechenden Standort auf gemeindeeigenem Grund zu suchen. Die Ergebnisse sind dem Gemeinderat zur weiteren Entscheidung vorzulegen. Der mögliche Standort für die zweigruppige integrative Kinderkrippe muss ca. 900 m2 Grundstücksfläche aufweisen. In der Ortsmitte bzw. in der näheren Umgebung des S-Bahnhofes steht kein solches Grundstück zur Verfügung. [. . .]“

Das Grundstück erscheint für die SPD-Fraktion die Voraussetzungen für eine integrative Kinderkrippe zu erfüllen: Grundstücksgröße (ca. 900 qm), zentrale Lage, gemeindliches Grundstück, aktuell keine Nutzung.

Die Kinder einer integrativen Kinderkrippe sind in einem ganz besonderen Maß schutzbedürftig. Das Grundstück in der Mitte unsere Gemeinde ist daher

64. Sitzung des Gemeinderates vom 10.04.2019

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

besonders für eine derartige Einrichtung geeignet. Ziel sollte dabei sein, die Planungen für das neue Rathaus und die Ortsmitte Unterföhrings weiter voranzubringen und die bereits einjährige Suche nach einem Standort für die integrative Kinderkrippe zu beenden.

Beschluss: 23 : 0

Die Gemeindeverwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob und wie auf dem gemeindlichen Grundstück Tulpenstraße, Ecke Johanneskirchnerstraße eine integrative Kinderkrippe umgesetzt werden kann. Es soll sowohl ein Umbau als auch ein Neubau geprüft werden. Das Ergebnis ist dem Gemeinderat zur Entscheidung vorzulegen.

AZ 024
Bauamt

872 23

Antrag der SPD-Fraktion auf Prüfung des Standortes für den Bau einer schwellenfreien und behindertenfreundlichen Wohnanlage mit kleinen Wohneinheiten für Seniorinnen und Senioren sowie für junge Unterföhringer/innen am Grundstück "Wehnerhof"

Der Erste Bürgermeister Andreas Kemmelmeier gibt den Antrag der SPD-Fraktion vom 17.03.2019, bei der Gemeinde eingegangen am 18.03.2019 zur Prüfung des Standortes für den Bau einer schwellenfreien und behindertenfreundlichen Wohnanlage mit kleinen Wohneinheiten für Seniorinnen und Senioren sowie für junge Unterföhringer/innen am Grundstück „Wehnerhof“.

„Der Gemeinderat möge beschließen:

Die Gemeindeverwaltung ist bereits beauftragt ein Nutzungskonzept für Wohnungsbau am gemeindlichen Grundstück „Wehnerhof“ (Münchner Straße 85) auszuarbeiten.

In diesem beauftragten Konzept sind ausschließlich schwellenfreie und behindertenfreundliche, kleine Wohneinheiten (1,5 bis 2-Zimmerwohnungen), für Seniorinnen und Senioren, aber auch für junge Unterföhringer/innen, zu planen. Die staatlichen Förderrichtlinien für die Schaffung von kostengünstigem Wohnraum sind auszuschöpfen. Bei der Erstellung des Konzepts/Planung soll der ehemalige Hofcharakter wieder Berücksichtigung finden.

64. Sitzung des Gemeinderates vom 10.04.2019

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Diese Anlage soll es ermöglichen, Anreize für einen Wohnungstausch von Seniorinnen und Senioren aus größeren gemeindlichen Wohnungen/ Wohnungen der Baugesellschaft München-Land in die neue gemeindliche Wohnanlage „Wehnerhof“ zu schaffen (Stichwort: gleicher qm-Mietpreis netto). Richtlinien für den Wohnungstausch sind durch die Gemeindeverwaltung zu erarbeiten.

Die Ergebnisse sind dem Gemeinderat zur Entscheidung zeitnah vorzulegen.

Begründung:

Die Gemeinde hat einen erheblichen Bedarf an bezahlbaren Wohnungen. Die SPD-Fraktion hatte bereits im April 2015 einen Antrag für ein „Konzept zur Schaffung von Anreizen zum Wohnungswechsel“ gestellt. Trotz positivem, vorliegendem Prüfungsergebnis des Landratsamtes, liegt dem Gemeinderat noch kein Umsetzungskonzept zur Beratung und Abstimmung vor.

Damals formulierte die SPD-Fraktion in der Begründung:

„Der Wohnraumbedarf an günstigen Wohnungen wird in der Zukunft weiter steigen. Die gemeindlichen Flächen auf denen Neubauten geschaffen werden können, sind nicht mehr in ausreichendem Maße vorhanden und werden abnehmen. Deshalb soll mit einem Konzept zur Schaffung von Anreizen zum Wohnungswechsel ein Instrument geschaffen werden, um die Fluktuation in den gemeindlichen Wohnanlagen zu erhöhen.

Dabei könnten Personen mit sinkendem Wohnraumbedarf beispielsweise mit einer Umzugspauschale oder durch die Mitnahme des bisherigen qm-Mietpreises gefördert werden, um den bisher größeren Wohnraum für Familien frei zu machen und selbst in eine für die neue Lebenssituation passende Wohnung umzuziehen. (. . .).“

Mit einer neuen Wohnanlage auf dem „Wehnerhof“-Grundstück könnte die Gemeinde Wohnraum für Seniorinnen und Senioren sowie für junge Unterförhriinger/innen anbieten.

Durch einen Wohnungstausch von Seniorinnen und Senioren würden dann größere Wohnungen für junge Familien im gemeindlichen Wohnungsbestand frei, die ansonsten nicht zur Verfügung stehen würden. Durch die Mitnahme der aktuellen Mieten aus den gemeindlichen Wohnanlagen/ der Baugesellschaft München-Land könnten wir den Seniorinnen und Senioren helfen, mehr finanziellen Spielraum zu gewinnen. Insgesamt sehen wir durch unseren Antrag eine Win-Win-Situation für alle Generationen am Ort.

64. Sitzung des Gemeinderates vom 10.04.2019

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Das Grundstück soll laut Beschluss Lfd.-Nr. 830 vom 10.01.2019 ohnehin auf Wohnungsbau geprüft werden.“

Der Vorsitzende fragt die SPD-Fraktion als Antragsteller zunächst ob Einverständnis damit besteht, die Einleitung des Beschlussvorschlags aus formal-inhaltlichen Gründen wie folgt abzuändern:

„Unter Hinweis auf das bereits bestehende Nutzungskonzept für Wohnungsbau am gemeindlichen Grundstück „Wehnerhof“ (Münchner Straße 85) sind (...)“.

Der Antragsteller stimmt dieser Formulierungsanpassung zu.

Nach ausgiebiger Diskussion fragt Herr Prieler für die PWU-Fraktion an, ob die SPD-Fraktion mit folgender Beschlussergänzung einverstanden ist:

„Im Erdgeschoss sollen größere Wohnungen mit 3- oder 4-Zimmern vorgesehen werden.“

Der Antragsteller stimmt dieser Beschlussergänzung zu.

Frau Fischer fragt für die Fraktion B90/DIEGRÜNEN an, ob die SPD-Fraktion mit folgender Beschlussergänzung einverstanden ist:

„Bei der Prüfung der Wohnraumnutzung wird die Schaffung sog. Cluster-Wohnungen, die eine flexible Wohnungsgrößenanpassung bieten, mit berücksichtigt.“

Der Antragsteller stimmt dieser Beschlussergänzung nicht zu.

Der Vorsitzende lässt nunmehr über den Antrag der SPD-Fraktion mit der zugestimmten Ergänzung durch die PWU-Fraktion und ohne der abgelehnten Ergänzung durch die Fraktion B90/DIE GRÜNEN abstimmen.

Beschluss: 21 : 2

Unter Hinweis auf das bereits bestehende Nutzungskonzept für Wohnungsbau am gemeindlichen Grundstück „Wehnerhof“ (Münchner Straße 85) sind ausschließlich schwellenfreie und behindertenfreundliche, kleine Wohneinheiten (1,5 bis 2-Zimmerwohnungen) für Seniorinnen und Senioren, aber auch für junge Unterförhringer/innen, zu planen. Im Erdgeschoss sollen größere Wohnungen mit 3- oder 4-Zimmern vorgesehen werden. Die staatlichen Förderrichtlinien für die Schaffung von kostengünstigem

64. Sitzung des Gemeinderates vom 10.04.2019

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Wohnraum sind auszuschöpfen. Bei der Erstellung des Konzepts/Planung soll der ehemalige Hofcharakter wieder Berücksichtigung finden.

Diese Anlage soll es ermöglichen, Anreize für einen Wohnungstausch von Seniorinnen und Senioren aus größeren gemeindlichen Wohnungen/ Wohnungen der Baugesellschaft München-Land in die neue gemeindliche Wohnanlage „Wehnerhof“ zu schaffen (Stichwort: gleicher qm-Mietpreis netto). Richtlinien für den Wohnungstausch sind durch die Gemeindeverwaltung zu erarbeiten.

Die Ergebnisse sind dem Gemeinderat zur Entscheidung zeitnah vorzulegen.

AZ 024
Bauamt

873 23

Antrag Bündnis90/DIE GRÜNEN auf Prüfung der Errichtung einer Realschule in Unterföhring

Der Vorsitzende gibt den Antrag der Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN vom 10.02.2019, eingegangen am 22.02.2019, auf Prüfung der Errichtung einer Realschule in Unterföhring bekannt.

Der Antrag lautet wie folgt:

„Die Errichtung einer Realschule für Unterföhring soll geprüft und ein geeignetes Grundstück gesucht werden, gegebenenfalls in der Nähe des Gymnasiums (Nutzung gemeinsamer Sportstätten). Entsprechende Haushaltsmittel sind einzuplanen.

Begründung:

Aufgrund der stark gestiegenen und weiter steigenden Einwohnerzahl in Unterföhring und der damit verbundenen erhöhten Zahl der Realschüler sehen wir die Errichtung einer Realschule vor Ort in naher bis mittelfristiger Zukunft als notwendig an. Unsere örtliche Schullandschaft bietet im Moment nur Grundschule und in naher Zukunft ein Gymnasium an. Eine Realschule als weiteren Baustein dieses Angebots wäre eine sinnvolle Ergänzung in einer zukunftsorientierten modernen Gemeinde. Auch wird die Realschule in Ismaning auf absehbare Zeit zu klein. Diese Situation wird sich weiter verschärfen, wenn das jetzige „Kiesa“-Gelände mit Wohnungen bebaut ist und die Einwohnerzahl Unterföhrings auf ca. 15.000 Einwohner ansteigen wird.

Nicht zuletzt ist es aus ökologischer und ökonomischer Sicht sinnvoll, wenn Schüler nicht in andere Orte fahren müssen um ihre Schule zu erreichen. Darüber hinaus würde eine Ortsbindung unserer Jugend zur Heimatverbundenheit beitragen und in Folge den örtlichen Vereinen zugutekommen.

64. Sitzung des Gemeinderates vom 10.04.2019

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Ein geeignetes Grundstück sollte in der Nähe zum Gymnasium und Sportpark liegen, evtl. käme hierfür auch das im Osten gelegene Grundstück an der Neubruchstraße in Frage, das momentan noch unbebaut ist (im Moment vorgesehen: Büronutzung).“

Der Vorsitzende fragt die Fraktion B90/DIE GRÜNEN als Antragsteller ob Einverständnis damit besteht, den letzten Satz des Beschlussvorschlags aus formal-inhaltlichen Gründen wie folgt abzuändern:

„Der Gemeinderat ist zu gegebener Zeit zu informieren.“

Der Antragsteller stimmt dieser Änderung zu.

Beschluss: 16 : 7

Die Errichtung einer Realschule für Unterföhring wird geprüft und ein geeignetes Grundstück entsprechend gesucht, gegebenenfalls in der Nähe des Gymnasiums (Nutzung gemeinsamer Sportstätten). Der Gemeinderat ist zu gegebener Zeit zu informieren.

AZ 212
Hauptamt

874 23 **Gemeindeeigenes Grundstück an der Bauhofstr. 18 - 20; Antrag der Unterföhringer Burschen auf Nutzungsänderung der Lagerfläche und weitere Nutzung der ehemaligen Kantine**

Der Vorsitzende gibt den Antrag der Unterföhringer Burschen vom 26.11.2018, eingegangen am 24.01.2019, bekannt und wird dem Gremium zugestellt.

Der Verein – Unterföhringer Burschen – nutzt aufgrund der bisherigen Beschlusslage, Gemeinderatsbeschluss Nr. 716 vom 14.12.2017, einen Lagerraum mit rund 30 m².

Der 1. Vorsitzender der Unterföhringer Burschen, Herr Michael Kohl, beantragt nun, diesen Lagerraum bis zur Fertigstellung des Feststadls als „Vereinsheim“ zu nutzen.

Sollte seitens der Verwaltung dem nicht stattgegeben werden können, ergänzt Herr Michael Kohl seinen Antrag mit Email vom 21.02.2019 dahingehend, die ehemalige Kantine im Haupthaus, Bauhofstr. 18, als Vereinsheim übergangsweise zu nutzen.

Der Vorsitzende bringt in diesem Zusammenhang die Gemeinderatsbeschlüsse Nr. 716 vom 14.12.2017 und Nr. 755 vom 08.03.2018 in Erinnerung. Aufgrund der bauplanungsrechtlichen Vorgaben des Flächennutzungsplanes ist nur eine zugelassene Nutzung möglich. Das

64. Sitzung des Gemeinderates vom 10.04.2019

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

von der Verwaltung entsprechend aufgestellte Nutzungskonzept sieht vor, dass im Gebäude an der Bauhofstraße 18 und 20 u.a. vorübergehend temporäre Obdachlosenunterkünfte vorgehalten werden. Bei den Gebäuden Bauhofstraße 12, 14 und 16 wird vorbehaltlich einer baurechtlichen Zulässigkeit, eine befristete Wohnraumnutzung geplant. Des Weiteren ist im ehemaligen Verwaltungsgebäude (Bauhofstraße 18 und 20) vorgesehen, dass eine Auslagerung von Archivunterlagen oder Akten der Verwaltung bei Bedarf möglich ist.

Die sechs abschließbaren Garagen zwischen Hauptgebäude und ehemaliger Schreinerei können als Lagerfläche/Unterstellmöglichkeit durch den gemeindlichen Bauhof genutzt werden.

Ferner weist die Verwaltung darauf hin, dass die ehemaligen Verwaltungsgebäude der E.ON-Werke nicht den bauordnungsrechtlichen Anforderungen (Brandschutz etc.) einer Versammlungsstätte entsprechen. Ebenso wird in Erinnerung gebracht, dass sich die Räumlichkeiten für die beantragte im Außenbereich gemäß § 35 BauGB befinden und eine entsprechende rechtliche Würdigung für die beantragte Nutzung erforderlich ist.

Die beschlossene Lagernutzung in der ehemaligen Schreinerei durch den Verein ist davon nicht betroffen.

In der Gemeinderatssitzung vom 14.03.2019 wurde beschlossen, dass der TOP 10 ö bis zur nächsten Gemeinderatssitzung zurückgestellt wird, um bei einem Ortstermin die beantragten Nutzungsmöglichkeiten in Augenschein zu nehmen. Geltende und zu beachtende bau- und brandschutzrechtliche Vorgaben sind hierfür im Vorfeld zu klären.

Der Bürgermeister bringt in Erinnerung, dass am Freitag, 29.3.2019, mit Vertretern des Gemeinderates und Mitgliedern des Unterföhringer Burschenvereins, ein Ortstermin stattgefunden hat.

Sollte der Gemeinderat, der beantragten Nutzung durch die Unterföhringer Burschen zustimmen, sind brandschutztechnische Maßnahmen wie z.B. Austausch der Zugangstüre (aus der ehemaligen Küche) in das 1. OG durch eine T30-Türe, sowie Brandmelder an der Decke für die beiden Räume und gegebenenfalls eine Ausstiegshilfe bei einem Fenster aus dem EG und ein E-Check für die elektrischen Steckdosen erforderlich. Seitens der Verwaltung wird mit Kosten von ca. 3.000€ bis 4.000€ brutto geschätzt. Diese Kosten könnten unter der Haushaltsstelle 88440.5020 (für den Unterhalt sind 15.000€ eingestellt) bzw. 88440.9421 (10.000 € sind im Vermögenshaushalt eingestellt) verbucht werden.

Beschluss: 23 : 0

Der Gemeinderat nimmt den Sachverhalt zur Kenntnis und spricht sich dafür aus, dem Antrag der Unterföhringer Burschen vom 26.11.2018, eingegangen am 24.01.2019, sowie deren Ergänzungsantrag vom 21.02.2019 auf Nutzung

64. Sitzung des Gemeinderates vom 10.04.2019

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

der Kantinenräume im Verwaltungsgebäude Bauhofstraße 18/20 mit folgenden Maßgaben zu:

- Einer zeitlich befristeten Nutzung der Kantine an der Bauhofstraße 18 bis voraussichtlich Ende des Jahres 2019 (bzw. für ca. zehn Monate) ausschließlich zur internen Burschenvereinsnutzung wird zugestimmt
- Öffentliche Veranstaltungen oder Nutzungen sind ausgeschlossen
- Für die Einhaltung der Auflagen und Bedingungen, ist der 1. Vorsitzende des Burschenvereins verantwortlich, mit dem die Nutzungsvereinbarung abgeschlossen wird.

Die Verwaltung wird beauftragt, einen zeitlich befristeten Bauantrag für die beantragte Nutzung beim Landratsamt München einzureichen. Dem Landratsamt ist diese zeitlich befristete Nutzung entsprechend mitzuteilen.

AZ 9122
Bauamt

875 23 **Neubau einer Mietwohnanlage mit Tiefgarage am Germanenweg 14, Hauszeile 18; Änderung der Dachdeckung (Empfehlungsbeschluss aus dem Bau-, Verkehrs- und Grundstücksausschuss)**

Der Erste Bürgermeister bringt die Beschlüsse des Gemeinderates vom 13.12.2018, Nr. 812, in Erinnerung, mit welchem der vorgelegten Entwurfsplanung, Stand 29/30.10.2018, der planenden Architekten Goergens + Miklautz, München, sowie der Fachplanungen ELT IB Pfeuffer, München, HLS IB Bauer, München, Tragwerksplanung Berk + Partner, München, sowie Bauphysik, Ingenieure Süd, München, in Koordination durch die BML BauService GmbH, Haar, mit einer Kostenberechnung nach DIN 276, Stand 05.11.2018, mit Gesamtkosten in Höhe von 8.490.000,00 € brutto mit folgenden Reduzierungen / Anpassungen zugestimmt wurde:

1. Die Ausführung der Carports nördlich der Straße mit geschätzten Kosten von 124.629,00 € ist entsprechend auf Einsparpotentiale zu überprüfen. Weitere Fahrradstellplätze in der Tiefgarage sind als variable Option vorzusehen.
2. Planungsoptimierung Rampe, Nebengebäude und Untergeschoss 128.640,00 € brutto

Die Gesamtsumme der Einsparungen beträgt somit 128.640,00 € brutto. Diese Festlegungen sind in der weiteren Planung zu berücksichtigen.

Die BML BauService GmbH wurde mit allen weiteren Schritten zur Realisierung des Geschosswohnungsbaus im Einheimischen-Model an der Aschheimer Straße, Zeile 18, beauftragt.

64. Sitzung des Gemeinderates vom 10.04.2019

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Nach Erstbezug zum 1. Juni 2015 der zuvor erstellten Zeilen 10 und 15 im Einheimischen-Modell nördlich der Aschheimer Straße kam es durch auftretende Winde immer wieder zu Beulgeräuschen der Dachdeckung und einhergehender Beeinträchtigung der Mieter. Als Abhilfemaßnahme wurde durch die BML BauService GmbH als Generalübernehmer und das Bauleitungsbüro Stilling die Installation sogenannter Omegabügel als Abstützung der Dachbahnen vorgeschlagen und umgesetzt. Ein Mangel durch die ausführende Firma konnte nicht bestätigt werden. Vielmehr handelt es sich um eine Sogwirkung der auftretenden Winde an dieser exponierten Lage.

Um Beulgeräusche durch Windsog möglichst auszuschließen wird durch die Planer Goergens und Miklantz in Abstimmung mit dem Bauleitungsbüro Stilling und dem Generalübernehmer Baugesellschaft München Land für die Blecheindeckung abweichend von den Hauszeilen 10 und 15 statt einer Stehfalzblecheindeckung aus Uginox eine Dacheindeckung mit einer Kalzip Stehfalz- Profiltafel (d= 1 mm) mit zusätzlichen Sicken (Produkt AS) vorgeschlagen, da die Materialstärke und die zusätzlichen Sicken die Steifigkeit verstärken. Durch die Vorfertigung der Profiltafeln und die einfache Verlegung über die Befestigung mit Verbundklips stellt sie eine wirtschaftliche Dacheindeckung dar, die bereits bei anderen Bauvorhaben von Goergens und Miklantz mit der Baugesellschaft München Land mit Erfolg eingesetzt wurde. (z.B. Josef Seliger Siedlung, Gemeinde Ottobrunn)

Es wird die Änderung der Dacheindeckung Zeile 18 zu einer Kalzip – Profiltafel in hinterlüfteter Unterkonstruktion vorgeschlagen.

Mit E-Mail der BML BauService GmbH, Herr Reischer, wird die Ausführung der Dacheindeckung mit einer Kalzip Stehfalz- Profiltafel (d= 1 mm) mit zusätzlichen Sicken (Produkt AS) aufgrund bisheriger guter Erfahrungen ebenfalls empfohlen.

Nach telefonischer Rückmeldung des Bauleitungsbüro BBS – Bauleitungsbüro, Herrn Bernhard Stilling, ist die Ausführung der Dachdeckung in Kalzip Profiltafel in hinterlüfteter Unterkonstruktion mindestens kostenneutral.

Mit Beschluss des Bau-, Verkehrs- und Grundstücksausschusses vom 26.03.2019, Nr. 580, wird dem Gemeinderat folgender Beschluss empfohlen:

Das Gremium stimmt dem Vorschlag des planenden Architekturbüros Goergens und Miklantz in Abstimmung mit dem Bauleitungsbüro Stilling und dem Generalübernehmer Baugesellschaft München Land für die Blecheindeckung abweichend von den Hauszeilen 10 und 15 statt einer Stehfalzblecheindeckung aus Uginox eine Dacheindeckung mit einer Kalzip Stehfalz- Profiltafel (d= 1 mm) mit zusätzlichen Sicken (Produkt AS) zu.

Die Zustimmung zur Entwurfsplanung mit Kostenberechnung wird entsprechend fortgeschrieben.

64. Sitzung des Gemeinderates vom 10.04.2019

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Herr Kirnberger hat zu diesem Tagesordnungspunkt den Sitzungssaal verlassen und sich an der Beratung und Beschlussfassung nicht beteiligt.

Beschluss: 22 : 0

Das Gremium schließt sich der Empfehlung gemäß Beschluss des Bau-, Verkehrs- und Grundstücksausschusses vom 26.03.2019, Nr. 580, vollinhaltlich an und stimmt dem Vorschlag des planenden Architekturbüros Goergens und Miklautz in Abstimmung mit dem Bauleitungsbüro Stilling und dem Generalübernehmer Baugesellschaft München Land für die Blecheindeckung abweichend von den Hauszeilen 10 und 15 statt einer Stehfalzblecheindeckung aus Uginox eine Dacheindeckung mit einer Kalzip Stehfalz- Profiltafel (d= 1 mm) mit zusätzlichen Sicken (Produkt AS) zu.

Die Zustimmung zur Entwurfsplanung mit Kostenberechnung wird entsprechend fortgeschrieben.

AZ 621
Bauamt

876 23 **Änderungsbebauungsplan Nr. 71b/18, Einheimischen-Modell nördlich der Aschheimer Straße; Sachstandsbericht und weiteres Vorgehen**

Dieser Tagesordnungspunkt wurde in der heutigen nichtöffentlichen Sitzung verlagt und wird daher weder aufgerufen noch behandelt.

AZ 6100
Bauamt

877 23 **Neuaufstellung (Aktualisierung) des Flächennutzungsplanes Unterföhring; Abwägungsbeschluss gemäß §§ 3 Abs. 2 und 4 Abs. 2 BauGB sowie Feststellungsbeschluss**

Der Planentwurf zur Neuaufstellung (Aktualisierung) des Flächennutzungsplanes für das gesamte Gemeindegebiet der Gemeinde Unterföhring, in der Fassung vom 07.02.2019, lag in der Zeit vom 25.02.2019 bis einschließlich 28.03.2019 im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB aus. Die Träger öffentlicher Belange hatten vom 25.02.2019 bis 28.03.2019 gemäß § 4 Abs. 2 BauGB die Möglichkeit Anregungen vorzubringen.

Der Vorsitzende informiert dahingehend, dass die Unterlagen auch auf der Homepage der Gemeinde Unterföhring eingestellt sind und dort abgerufen werden können. Diese Unterlagen wurden den vier Fraktionen in Papierform am 21.2.2019 Februar 2019 zur Verfügung gestellt.

64. Sitzung des Gemeinderates vom 10.04.2019

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Im Rahmen der Beteiligung von Bürgern wurden folgende Hinweise bzw. Anregung vorgebracht:

- Herr Stephan Kalis, Unterföhring

Zu den vorgebrachten Anregungen von Bürgern wird wie folgt Stellung genommen:

Herr Stephan Kalis, Unterföhring

Das Schreiben vom 27.03.2019 mit folgendem Inhalt wird bekannt gegeben:

Im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß §3 Abs. 2 BauGB soll für das im Flächennutzungsplan als Flächen für Versorgungsanlagen (Elektro) ausgewiesene Areal südlich und mit einer Mehrfamilienhaus-Wohnbebauung nördlich der Bauhofstraße, begrenzt durch den Mittleren Isarkanal, eine Anpassung erfolgen. Hierbei wird um Ausweisung der tatsächlichen Nutzung als Mischgebiet und Aufnahme der Bauhofstraße als neue Grenze für den Geltungsbereich des Innenbereichs gebeten. § 34 Abs. 4 Nr. 2 BauGB ermächtigt die Gemeinde dazu, durch Satzung bebaute Bereiche im Außenbereich als im Zusammenhang bebaute Ortsteile festzulegen. Für die Beurteilung, ob sich ein Grundstück in einem Bebauungszusammenhang im Sinne des § 34 BauGB befindet, ist maßgeblich, ob eine tatsächlich aufeinanderfolgende zusammenhängende Bebauung besteht - und diese besteht. Erforderlich hierfür ist auch, dass die betreffenden Grundstücke selbst einen Bestandteil des Zusammenhangs bilden, also selbst am Eindruck der Geschlossenheit und Zusammengehörigkeit teilnehmen. Da es sich bei dem gesamten Areal nicht um eine unerwünschte Splittersiedlung handelt, es sich vielmehr um eine geplante bauliche Entwicklung handelt und auch die in den vergangenen Jahren durchgeführten und erteilten Baugenehmigungen dem entgegenstehen, wird die Würdigung im Flächennutzungsplan erbeten. Wie eng die Aufeinanderfolge von Baulichkeiten sein muss, um noch als zusammenhängende Bebauung zu erscheinen, ist nicht nach geographisch-mathematischen Maßstäben, sondern aufgrund einer umfassenden Bewertung des konkreten Sachverhalts zu entscheiden (BVerwG, U.v. 6.11.1968 - IV C 31.66 - BVerwGE 31, 22; B.v. 15.9.2005- 4 BN 37/05 - BRS 69 Nr. 95 m. w. N.). Im Flächennutzungsplan ist der Bereich als Fläche für die Elektrizität ausgewiesen. Der vormalige Betriebshof der Isar-Amper-Werke wurde mittlerweile an die Gemeinde Unterföhring veräußert, die ehemaligen Betriebswohnungen befinden sich nahezu alle mittlerweile im Privatbesitz. Die Darstellung im Flächennutzungsplan widerspricht der tatsächlichen Nutzung, da nur noch untergeordnet auf dem Flurstück 568/1 die Nutzung durch die „Elektrizität“ gegeben ist - somit hat faktisch die Darstellung im Flächennutzungsplan an Gewicht verloren. Eine Umkehr dieser Entwicklung ist auch nicht zu erwarten, da der frühere Grundstückseigentümer als Energieversorgungsunternehmen die Flächen mangels Bedarf veräußert hat. Durch den Erwerb des ehemaligen Betriebshofes durch die Gemeinde

64. Sitzung des Gemeinderates vom 10.04.2019

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Unterföhring ist ein mögliches Beharren auf die Einhaltung des Flächennutzungsplanes auch nicht mehr geboten. Da im Rahmen der Aktualisierung unter anderem auch ausgewiesene Grünflächen in allgemeine Wohnbauflächen umgewidmet wurden, wird auch im Rahmen der Gleichstellung zu allen Einwohnern der Gemeinde Unterföhring um die Ausweisung des Areals als Mischgebiet und somit um die Würdigung der tatsächlichen Nutzung gebeten.

Der Bürgermeister teilt mit, dass eine erste Abwägung zur Darstellung des Bereichs Bauhofstraße in Zusammenhang mit einer Stellungnahme zur Fl.Nr. 565/2 mit Gemeinderatsbeschluss vom 09.11.2017, Nr. 645, erfolgte. Der vorhandene Baubestand im Bereich der Bauhofstraße, zwischen BAB und Isarkanal stammt überwiegend aus der Zeit der E.ON Energie AG, die z.T. vorhandene Wohnnutzung entstand durch deren Mitarbeiterwohnen. Nachdem sich der Verkauf einiger Grundstücke durch die E.ON Energie AG abzeichnete, versuchte die Gemeinde Unterföhring im Jahr 2009 mit der 5. Änderung des Flächennutzungsplanes eine Nachfolgenutzung in Teilbereichen zuzulassen, die zum einen von der vorhandenen Infrastruktur von dem Standort profitiert, zum anderen durch entsprechende Eingrünung zur Verbesserung des Landschaftsbildes beiträgt, d.h. die Belastung des Landschaftsbildes durch das bestehende Schalthaus mildert. Mit der 5. Flächennutzungsplanänderung sollte die Ansiedlung eines Betriebes auf den Grundstücken Fl.Nrn. 568 und 569 vorbereitet werden, der die Besonderheiten dieses Standortes besonders nutzen hätte können und hinsichtlich des Immissionsschutzes unproblematisch zu beurteilen gewesen wäre. Nach dem Verkauf einiger Grundstücke durch E.ON Energie AG gab es verschiedene Anfragen und Überlegungen. Der Gemeinderat sprach sich für eine Nachfolgenutzung im Sinne von „Handwerkerhof“ aus, eine Wohnentwicklung wurde aus Gründen des Immissionsschutzes und der vergleichsweise schlechten Erschließungssituation abgelehnt. Durch die temporäre Nutzung mit einer festen Flüchtlingsunterkunft in diesem Bereich wurden weitere Planungsüberlegungen zunächst „auf Eis gelegt“, weshalb der FNP neu dieses Areal weiterhin unverändert als Fläche für Versorgungsanlage darstellt. Wenn diese temporäre Nutzung absehbar oder beendet wird, sollten konkrete Nachfolgenutzung mit den entsprechenden erforderlichen Gutachten und einer FNP-Änderung vorbereitet werden. Eine Nachfolgenutzung sollte aus ortsplanerischen Gründen und insbesondere aufgrund des Immissionsschutzes auf eine handwerklich/gewerbliche Nutzung abzielen. Eine Wohnnutzung über das bisherige Maß hinaus ist aus städtebaulicher Sicht wegen der erheblichen Immissionsbelastungen kein sinnvolles Planungsziel. Die vorhandene Bebauungs- und Nutzungsstruktur ist sehr heterogen, historisch geprägt durch die Nutzung der Energieerzeugung. Die weiterhin auf Teilbereichen besteht. Die eher untergeordnete bestehende Wohnbebauung im Bereich der Bauhofstraße ist im Verhältnis zur sonst sehr kompakten Siedlungsstruktur im Gemeindegebiet nicht als ein im Zusammenhang bebauter Ortsteile zu bewerten, der Isarkanal stellt eine

64. Sitzung des Gemeinderates vom 10.04.2019

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

deutliche Barriere dar, die vorhandene Bebauungs- und Nutzungsstruktur befindet sich somit in deutlich abgesetzter Lage zum Hauptort. Einen Bebauungszusammenhang im Sinne des § 34 BauBG aus den bestehenden Anlagen der Energieversorgung wie z.B. Umspannwerk oder der temporäre Flüchtlingsunterkunft ableiten zu wollen erscheint städtebaulich auch nicht sinnvoll bzw. baurechtlich fraglich. Für die künftigen Nutzungsüberlegungen (nach Beendigung der temporären Nutzung mit einer festen Flüchtlingsunterkunft) müssen die schwerwiegenden Restriktionen beachtet und durch Fachgutachten genauer untersucht werden:

- eine 110 kV-Leitung,
- das Schalthaus/ Umspannwerk sowie
- die nahegelegene Autobahn A 99 (in Höhenlage).

Diese künftigen Nutzungsüberlegungen und erforderlichen Fachgutachten sollten erst zu einem späteren Zeitpunkt und im Rahmen einer Änderung des Flächennutzungsplanes erfolgen.

Herr Mecke hat zu diesem Unterpunkt den Sitzungssaal verlassen und sich nicht an der Beratung und Beschlussfassung beteiligt.

Beschluss: 22 : 0

Die Plandarstellung bleibt unverändert, erst nach Ablauf der temporären Nutzung werden die Möglichkeiten einer Umstrukturierung durch entsprechende Fachgutachten untersucht und gegebenenfalls eine Änderung des Flächennutzungsplanes durchgeführt.

Folgende Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange haben eine Stellungnahme abgegeben:

- Landratsamt München – Bauen
- Regierung von Oberbayern
- Gemeinde Aschheim
- Bayerisches Landesamt für Denkmalpflege
- Eisenbahn-Bundesamt
- Wasserwirtschaftsamt München
- IHK für München und Oberbayern
- Deutsche Bahn AG DB Immobilien
- Bayernwerk Netz GmbH
- Bund Naturschutz in Bayern e.V.
- Deutsche Telekom Technik GmbH

64. Sitzung des Gemeinderates vom 10.04.2019

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

- Gemeinde Unterföhring

Zu den vorgebrachten Anregungen im Rahmen der Beteiligung nach § 4 Abs. 2 BauGB wird wie folgt Stellung genommen:

Landratsamt München – Bauen

Das Schreiben vom 28.03.2019 wird bekannt gegeben, in dem mitgeteilt wird, dass die waldrechtlichen Ausgleichsflächen für die Errichtung des Sportparks auch in der Begründung und im Umweltbericht aufgeführt und erläutert werden sollen.

Herr Mecke hat zu diesem Unterpunkt den Sitzungssaal verlassen und sich nicht an der Beratung und Beschlussfassung beteiligt.

Beschluss: 22 : 0

Der Anregung wird zugestimmt und die waldrechtlichen Ausgleichsflächen für die Errichtung des Sportparks im Bereich Unterföhringer See auch in der Begründung und im Umweltbericht aufgeführt und erläutert.

Regierung von Oberbayern

Das Schreiben vom 13.03.2019 wird bekannt gegeben, in dem vorsorglich darauf hingewiesen wird, dass im Rahmen der gemeindlichen Bauleitplanung durch geeignete Festsetzungen die Entstehung unzulässiger Einzelhandelsagglomerationen auszuschließen ist (vgl. LEP-Ziel 5.3.1).

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Eine Beschlussfassung ist nicht veranlasst.

64. Sitzung des Gemeinderates vom 10.04.2019

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Gemeinde Aschheim

Das Schreiben vom 21.03.2019 wird bekannt gegeben, in dem mitgeteilt wird, dass die Darstellungen auf Aschheimer Flur, also außerhalb der Unterföhringer Gemarkungsgrenzen, nicht befürwortet werden – auch wenn es sich nur um Hinweise und nachrichtliche Übernahmen handelt.

Beschluss: 23 : 0

Die nachrichtlichen Übernahmen über die Gemeindegrenzen hinweg dienen der wichtigen Information von Zusammenhängen, auch die Lage des Gemeindegebietes hinsichtlich ihrer Nachbargemeinden sind wichtige Informationen bzw. Hinweise. Damit ist natürlich keinerlei Planungsabsicht über die eigene Gemeindegrenze hinweg verbunden. Die Plandarstellung bleibt deshalb unverändert.

Bayerisches Landesamt für Denkmalpflege

Das Schreiben vom 21.03.2019 mit folgendem Inhalt wird bekannt gegeben:

Im Gemeindegebiet befinden sich nach derzeitigem Kenntnisstand neun Bodendenkmäler. Um Berücksichtigung des aktuellen Denkmalbestandes, gemäß §5.4-5 BauGB, wird gebeten. Diese Denkmäler sind gemäß Art. 1 BayDSchG in ihrem derzeitigen Zustand vor Ort zu erhalten. Der ungestörte Erhalt dieser Denkmäler vor Ort besitzt aus Sicht des Bayerischen Landesamts für Denkmalpflege Priorität. Weitere Planungsschritte sollten diesen Aspekt bereits berücksichtigen und Bodeneingriffe auf das unabweisbar notwendige Mindestmaß beschränken.

Es ist erforderlich, die genannten Bodendenkmäler nachrichtlich in der markierten Ausdehnung in den Flächennutzungsplan zu übernehmen, in der Begründung aufzuführen sowie auf die besonderen Schutzbestimmungen hinzuweisen (§ 5 Abs. 4–5 BauGB) und im zugehörigen Kartenmaterial ihre Lage und Ausdehnung zu kennzeichnen (PlanzV 90 14.3). Zudem sind regelmäßig im Umfeld dieser Denkmäler weitere Bodendenkmäler zu vermuten. Weitere Planungen im Nähebereich bedürfen daher der Absprache mit den Denkmalbehörden. Im Bereich von Bodendenkmälern sowie in Bereichen, wo Bodendenkmäler zu vermuten sind, bedürfen Bodeneingriffe aller Art einer denkmalrechtlichen Erlaubnis gemäß Art. 7.1 BayDSchG. Ferner sind zufällig zutage tretende Bodendenkmäler und Funde meldepflichtig gem. Art. 8 BayDSchG.

Beschluss: 23 : 0

Die genannten Bodendenkmäler wurden bereits nachrichtlich in der markierten Ausdehnung in den Flächennutzungsplan übernommen, in der

64. Sitzung des Gemeinderates vom 10.04.2019

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Begründung werden sie aufgeführt, sowie auf die besonderen Schutzbestimmungen hingewiesen (§ 5 Abs. 4-5 BauGB). Der Hinweis, dass die Bodendenkmäler von einer Überplanung weitgehend frei zu halten sind bzw. im Falle einer nicht vermeidbaren Überplanung Bodeneingriffe in jedem Falle dem Erlaubnisvorbehalt nach Art. 7. I DSchG unterliegen, wird zur Kenntnis genommen.

Eisenbahn-Bundesamt

Das Schreiben vom 11.03.2019 mit folgendem Inhalt wird bekannt gegeben:

Die Belange des Eisenbahn-Bundesamtes werden von der Planung berührt. Bei Beachtung der nachfolgenden Nebenbestimmungen bestehen keine Bedenken:

Im Plangebiet liegt die Bahnstrecke 5556 München Johanneskirchen - Flughafen München Terminal. Gemäß den zugesandten Unterlagen ist ersichtlich, dass die 110-kV Bahnstromleitung der DB Energie GmbH, Nr. 0521 München - Aufkirchen innerhalb des Geltungsbereiches verläuft. Die Schutzzone liegt im Planungsgebiet. Aufgrund dessen ist Folgendes zu beachten:

Bahnstromleitung

- 1.) Bei Baumaßnahmen darf die Standsicherheit der Bahnstromleitungsmasten durch evtl. durchzuführende Ausgrabungen/Bodenabtragungen in keinem Fall gefährdet werden.
- 2.) Es sollte darauf hingewiesen werden, dass von der 110-kV-Bahnstromleitung Beeinträchtigungen durch elektromagnetische Beeinflussung auftreten können. Störende Einflüsse auf technische Einrichtungen (EDV-Anlagen und Monitore, medizinische und wissenschaftliche Apparate o.ä.) können im Bereich des Schutzstreifens der Leitung nicht grundsätzlich ausgeschlossen werden.
- 3.) Baumaßnahmen die innerhalb des Schutzstreifens der 110-kV-Bahnstromleitung durchgeführt werden, sind mit dem Leitungsbetreiber, hier der DB Energie GmbH, zuvor abzustimmen.
- 4.) Anpflanzungen innerhalb des Schutzstreifens der 110-kV-Bahnstromleitung sind nur eingeschränkt möglich und bedürfen der Zustimmung des Betreibers der 110-kV Bahnstromleitung.
- 5.) Die Schutzabstände zur spannungsführenden Leitung gemäß den anerkannten Regeln der Technik und den feuerpolizeilichen Vorschriften sind -

64. Sitzung des Gemeinderates vom 10.04.2019

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

auch während der Baudurchführung - einzuhalten. Der Bestand und Betrieb der 110-kV Bahnstromleitung zur Aufrechterhaltung der Bahnstromversorgung muss auf Dauer gewährleistet sein. Innerhalb des Schutzstreifens muss mit Beschränkungen der Bauhöhen von Bauwerken (z.B. Gebäuden, Wegen, Straßen, Brücken, Entwässerungs-, Sport-, Freizeit-, Beleuchtungs-, Lärmschutz- und Bewässerungsanlagen usw.) gerechnet werden.

6.) Pläne für alle Bauwerke innerhalb des Schutzstreifens müssen der DB Energie GmbH zur Überprüfung der Sicherheitsbelange vorgelegt werden. Änderungen am Geländeniveau (z.B. durch Aufschüttungen, Lagerungen von Materialien) dürfen im Schutzstreifen nicht ohne weiteres durchgeführt werden. Bepflanzungen mit Bäumen und Sträuchern kann innerhalb des Schutzstreifens nur im Rahmen bestehender Dienstbarkeiten bzw. schuldrechtlicher Verträge zugestimmt werden.

7.) Unter den Leiterseilen muss mit Eisabwurf gerechnet werden.

Bahnstrecke

1.) Grundsätzlich ist zu beachten, dass durch die Festlegungen im Flächennutzungsplan und dadurch resultierenden Bebauungsplänen, der Schienenverkehr und damit auch die Sicherheit des Eisenbahnbetriebes nicht gefährdet werden darf. Insbesondere bei Einsatz von Baumaschinen in unmittelbarer Nähe zur Bahnstrecke ist darauf zu achten, dass die Abstandsflächen zur Bahnlinie eingehalten werden und bei Einsatz von Kränen, durch die Betriebsanlagen der Eisenbahn überschwenkt werden, der Aufstellort des Krans sowie das weitere Vorgehen mit der DB Netz AG abgestimmt werden.

2.) Bei Baumaßnahmen im Bereich von Bahnanlagen ist deren Standsicherung und Funktionstüchtigkeit jederzeit zu gewährleisten.

3.) Bepflanzungen sind so zu wählen, dass keine Beeinträchtigung des Lichtraumprofils der Gleise erfolgen kann. Dies ist insbesondere bei beabsichtigten Grünflächen mit Baumbestand zu beachten.

4.) Bei Maßnahmen in Zusammenhang mit Gewässern bzw. deren Ableitung ist darauf zu achten, dass die Bahnkörperentwässerungsanlagen nicht beeinträchtigt werden.

5.) Die vom gewöhnlichen Eisenbahnbetrieb ausgehenden Immissionen aus Schall und Erschütterung sind hinzunehmen. Entsprechende Vorkehrungen zur Bewältigung der Lärmproblematik aus Schall- und Erschütterung sind im Rahmen des Bebauungsplans zu berücksichtigen.

6.) Generell ist zu beachten, dass Betriebsanlagen der Eisenbahn des Bundes i.S.d. § 18 Allgemeines Eisenbahngesetz (AEG) zu denen gemäß § 4 Abs. 1 Eisenbahn-Bau- und Betriebsordnung (EBO) neben den Schienenwegen auch

64. Sitzung des Gemeinderates vom 10.04.2019

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Grundstücke, Bauwerke und sonstige Einrichtungen gehören, die unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse zur Abwicklung oder Sicherung des Reise- oder Güterverkehrs auf der Schiene erforderlich sind, unter der Fachplanungshoheit des Eisenbahn-Bundesamtes (§ 38 BauGB) stehen. Für Änderungen an Betriebsanlagen der Eisenbahnen des Bundes in Zusammenhang mit Bauvorhaben sind die entsprechenden Anträge auf planungsrechtliche Zulassungsentscheidung über die DB AG beim Eisenbahn-Bundesamt zu stellen.

7.) Durch Bebauungspläne dürfen Betriebsanlagen der Eisenbahnen des Bundes nicht geändert werden. Bauleitpläne nach dem BauGB ersetzen mangels Konzentrationswirkung kein Zulassungsverfahren nach § 18 Allgemeines Eisenbahngesetz (AEG). Zu beachten ist, dass die für den Eisenbahnbetrieb notwendigen Flächen der Bahn nicht überplant werden dürfen.

8.) Grundsätzlich gilt für den Übergang von Bahnflächen, die für Bahnbetriebszwecke entbehrlich sind und in die Planungshoheit der Gemeinde übergehen sollen, dass solche Flächen von der Bahnbetriebsanlageneigenschaft freizustellen sind (vgl. § 23 AEG). Dies erfolgt durch das Eisenbahn-Bundesamt nach entsprechender Antragstellung.

9.) Aufgrund der unmittelbaren Angrenzung des Bebauungsplans an die Bahnlinie ist die DB Netz AG am Verfahren zu beteiligen. Dies erfolgt über die Deutsche Bahn AG, DB Immobilien, Kompetenzteam Baurecht, Region Süd, München im Rahmen ihrer Funktion als Clearingstelle innerhalb des DB-Konzerns.

Die Hinweise unter „Bahnstromleitung“ und unter „Bahnstrecke“ werden zur Kenntnis genommen und auch bei den verbindlichen Bauleitplanverfahren berücksichtigt. Eine Beschlussfassung ist nicht veranlasst.

Wasserwirtschaftsamt München

Das Schreiben vom 25.03.2019 wird bekannt gegeben, in dem auf die Stellungnahme vom 29.02.2016 hingewiesen wird. In dieser Stellungnahme wurde auf die derzeitige Erschließungssituation hingewiesen. Die Bauarbeiten zur Erweiterung der Kläranlage auf 30.000 EW laufen derzeit. Nach Inbetriebnahme (ca. Ende 2019) wird die Erschließung gesichert sein. Um die Erschließung auch für den Bereich Musenbergstraße zu sichern, ist es noch erforderlich, die Zweckvereinbarung zur Abwasserableitung nach München abzuschließen (Entwurf liegt vor).

64. Sitzung des Gemeinderates vom 10.04.2019

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Eine Beschlussfassung ist nicht veranlasst.

IHK für München und Oberbayern

Das Schreiben vom 28.03.2019 mit folgendem Inhalt wird bekannt gegeben:

Es wird angeregt, dass der Verlust an gewerblichen Bauflächen im Rahmen der strategischen Siedlungsentwicklung der Gemeinde zumindest teilweise ausgeglichen werden sollte. Um die weitere Ansiedlung von Einzelhandel effektiv zu steuern wird angeraten, ein vorausschauendes Einzelhandelskonzept für die Gemeinde aufzustellen. Die großflächige Umwidmung von GE in MI trägt per se nicht zur Vermeidung der Ansiedlung von Einzelhandel bei.

Im Bereich östlich der Bahn verfügt die Gemeinde Unterföhring über ausreichend Gewerbeflächenpotentiale, die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Eine Beschlussfassung ist nicht veranlasst.

Deutsche Bahn AG DB Immobilien

Das Schreiben vom 28.03.2019 wird bekannt gegeben, in dem auf die Gesamtstellungnahme vom 15.02.2016 verwiesen wird.

Die Hinweise zu der bereits abgegebenen Gesamtstellungnahme vom 15.02.2016 hat der Gemeinderat im Rahmen der Abwägung im ersten Verfahrensschritt bereits zur Kenntnis genommen. Ein weiterer Beschluss ist hier nicht erforderlich.

Bayernwerk Netz GmbH

Das Schreiben vom 20.03.2019 mit folgendem Inhalt wird bekannt gegeben:

Gegen die Neuaufstellung (Aktualisierung) des Flächennutzungsplans der Gemeinde Unterföhring bestehen keine grundsätzlichen Einwendungen, wenn dadurch der Bestand, die Sicherheit und der Betrieb der Anlagen nicht beeinträchtigt werden. Zu den o. g. genannten Anlagen wird wie folgt Stellung genommen:

64. Sitzung des Gemeinderates vom 10.04.2019

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

110-kV- und 20-kV-Freileitungen

Im nördlichen Planungsbereich verlaufen die o. g. 110-kV-Leitungen der Bayernwerk Netz GmbH. Die Schutzzone der Freileitung 824 beträgt 22,50 m beiderseits der Leitungsachse, die der Freileitung B24B beträgt 27,50 m. Des Weiteren verläuft ebenfalls im nördlichen Gemeindebereich eine 20-kV-Freileitung. Die Schutzzone beträgt beiderseits zur Leitungsachse je 8,0 m. Die Freileitungen sind lagerichtig im Flächennutzungsplan eingetragen. Maßgeblich ist jedoch immer die Lage der Freileitung in der Natur. Hinsichtlich der in den angegebenen Schutzzonen bestehenden Bau- und Bepflanzungsbeschränkungen wird auf die Begründung, Punkt 7, Seite 40, verwiesen. Es sind bei der künftigen Entwicklung des Flächennutzungsplanes folgende Hinweise bezüglich der Hochspannungsleitung zu beachten: An Hoch- und Höchstspannungsfreileitungen können durch die Wirkung des elektrischen Feldes bei bestimmten Witterungsverhältnissen, insbesondere bei Regen, Nebel oder Raureif, Geräusche entstehen. Zur Vermeidung einer übermäßigen Lärmbelästigung bitten wir bei der Bestimmung des Mindestabstands zwischen bestehenden Freileitungen und neuen Wohn- bzw. Industrie-/Gewerbegebieten die Grenzwerte nach der „Sechsten Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Bundesimmissionsschutzgesetz“ (Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm – TA Lärm) unbedingt einzuhalten. Diese Grenzwerte sollten auch bereits bei der Erstellung von Flächennutzungsplänen berücksichtigt werden. Emissionen von festen, flüssigen oder gasförmigen Stoffen, z.B. von Staub oder Wasserdampf, in unmittelbarer Nähe von Hochspannungsanlagen können deren Funktionsfähigkeit u. U. erheblich beeinträchtigen. Im Interesse einer störungsfreien öffentlichen Energieversorgung bitten wir bei der Erstellung des Flächennutzungsplanes die Sachlage zu berücksichtigen. Bezüglich evtl. geplanter Schutzgebiete und Biotopverbundstrukturen sind der Bestand, Betrieb und die Unterhaltung der bestehenden Anlagen zu gewährleisten. Zu Unterhaltungsmaßnahmen zählen u.a. Korrosionsschutzarbeiten, Arbeiten zur Trassenfreihaltung von betriebsgefährdendem Aufwuchs sowie die Erneuerung, Verstärkung oder ein durch Dritte veranlasster Umbau der Leitungen auf gleicher Trasse unter Beibehaltung der Schutzzonen. Des Weiteren ist, um nicht vorhersehbare Störungen beheben zu können, eine Ausnahmeerlaubnis für ein ggf. beabsichtigtes zeitlich begrenztes Betretungsverbot erforderlich. Bei Photovoltaikanlagen ist der Schattenwurf der vorhandenen Masten und Leitungen von den Betreibern zu akzeptieren. Dies gilt auch bei einer Anpassung/Erneuerung von Masten, die eine Änderung der Höhe bzw. der Grundabmessungen des Mastes bedingen und ggf. eine auftretende Änderung des Schattenwurfs verursachen. Dies sollte bereits bei der Ausweisung von Flächen für Photovoltaikanlagen berücksichtigt werden.

64. Sitzung des Gemeinderates vom 10.04.2019

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Umspannwerk Isarau

Von einem Umspannwerk gehen unvermeidliche Geräuschemissionen aus, die größtenteils durch die Umspanner verursacht werden. Zur Vermeidung einer übermäßigen Lärmbelästigung wird gebeten, bei der Bestimmung des Mindestabstandes zwischen dem Umspannwerk und neuen Wohn- bzw. Industrie-/Gewerbegebieten die Grenzwerte nach der „Sechsten Allg. Verwaltungsvorschrift zum Bundes-Immissionsschutzgesetz“ unbedingt zu beachten. Diese Grenzwerte sollten auch bereits bei der Erstellung von Flächennutzungsplänen berücksichtigt werden.

Transformatorstationen

Als weitere flächennutzungsplanrelevanten Anlagen befinden sich im Gemeindegebiet zahlreiche Transformatorstationen. Auf den aktuellen Plan, indem die Lage der Stationen ersichtlich ist, wird hingewiesen.

Fernmeldekabel

Der Vollständigkeit halber wird darauf hingewiesen, dass im Stadtgebiet auch mehrere Fernmeldekabel der Bayernwerk Netz GmbH verlaufen, die keinem Konzessionsvertrag unterliegen.

Es wird gebeten, in der Begründung, unter „7 Technische Ver- und Entsorgung“ auf den Seiten 39 und 40 die „Bayernwerk AG“ durch „Bayernwerk Netz GmbH“ zu ersetzen. Zusätzlich wird darauf hingewiesen, dass die Anlagen der örtlichen Stromversorgung Eigentum der RegioNetzMünchen GmbH & Co. KG sind. Hier ist die Bayernwerk Netz GmbH die Pächterin des Stromnetzes.

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen, eine Beschlussfassung ist nicht veranlasst.

Bund Naturschutz in Bayern e.V.

Das Schreiben vom 13.03.2019, in dem der BN der Änderung des Flächennutzungsplans mit folgenden Einwänden zustimmt wird bekannt gegeben:

1. Erhalt des Baumbestandes

Die Umwandlung der Gewerbegebiete nördlich und südlich der Mitterfeldallee und westlich der Dieselstraße in Baufläche für den Gemeinbedarf im Planausschnitt 22 wertet der BN als positiv. Im

64. Sitzung des Gemeinderates vom 10.04.2019

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Bereich südlich der Mitterfeldallee direkt östlich der SBahn-Trasse befindet sich jedoch einer der wenigen zusammenhängenden Baumbestände abseits der Isar. Aus der Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes geht nicht hervor, wie beim Bau der sportlichen Einrichtungen mit diesem Abschnitt verfahren wird. Der BN fordert den Erhalt dieses Baumbestandes. Neben der Produktion von Sauerstoff vermögen Bäume auch Schadstoffe aus der Luft zu filtern und Schatten zu spenden. Im Sommer entsteht kühle, frische Luft ausschließlich auf Wiesen und in Wäldern, wo die Luft frei zirkulieren kann und Bäume Schatten spenden. Deshalb können solche grünen Inseln vor allem Kindern und älteren Anwohnern als wichtige Naherholungsgebiete dienen und sind unabdingbar für deren Gesundheit. Besonders mit dem Neubau des Gymnasiums und des Sportparks bietet sich diese Fläche als Ausgleichsgebiet für Kinder, aber auch andere Anwohner an. Der BN fordert daher, diese Baumgruppe explizit als Waldfläche, anstatt als Baufläche für den Gemeinbedarf in den Flächennutzungsplan aufzunehmen. So kann der Schutz dieser Fläche besser sichergestellt werden.

2. Bau von Tiefgaragen

Laut dem neuen Flächennutzungsplan werden im Planausschnitt 22 im Bereich nördlich der Mitterfeldallee, sowie im Planausschnitt 26 beim Bürgerfestplatz neue Tiefgaragen errichtet. Die Errichtung von Tiefgaragen kann einen erheblichen Eingriff in den Grundwasserhaushalt darstellen. Der BN fordert daher im Rahmen der entsprechenden Bebauungsplanverfahren die Erstellung eines hydrogeologischen Gutachtens, um sicherzustellen, dass durch die geplanten Baumaßnahmen keine Beeinträchtigungen oder Schäden entstehen und nachteilige Veränderungen der Grundwassers ausgeschlossen werden können.

3. Flächenversiegelung

Der BN begrüßt die Bemühungen des Gemeinde Unterföhring, den Vorgaben des Landesentwicklungsprogramms zu folgen und für die Ortsentwicklung die Potentiale der Innenentwicklung und der Nachverdichtung weitestgehend auszunutzen. Besonders die Umstrukturierung des BAHOG- und des KIESA-Geländes zur Neugestaltung eines Ortskerns ist als positiv zu betrachten. Dennoch bedeuten einige der Änderungen im Flächennutzungsplan eine Neubebauung von bisher teilweise unversiegelten oder für landwirtschaftliche Nutzung eingetragener Flächen. Beispiele wären die neue Geothermieranlage nördlich der Jahnstraße, sowie die bislang unbebaute Fläche nördlich der Mitterfeldallee, auf der das neue Gymnasium entstehen soll. Hier fordert der BN eine möglichst

64. Sitzung des Gemeinderates vom 10.04.2019

Lfd. Nr. Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

flächensparende Bauweise, um den Einfluss der Bebauung auf Böden und Umwelt zu minimieren und die Entstehung etwaiger Grünflächen zu ermöglichen. Ähnliches gilt für die Umgestaltung des BAHOG- und des KIESA-Geländes. Für die Neugestaltung einer attraktiven Ortsmitte mit hoher Aufenthaltsqualität ist eine ausreichende Begrünung unabdingbar. Hierbei spielen die in Punkt 1 genannten Gründe ebenfalls eine Rolle. Die oben genannten Vorteile eines Baumbestandes bzw. von Begrünung im Allgemeinen kann helfen; eine Stadtmitte zu einem attraktiveren Aufenthaltsort für die lokale Bevölkerung zu gestalten. Der BN fordert daher, dass der Bestand an älteren Bäumen in beiden Gebieten soweit möglich erhalten bleibt, und gegebenenfalls neue Bäume gepflanzt werden. Hierfür fordert der BN autochthone Gewächse.

Herr Ebert hat zu diesem Unterpunkt den Sitzungssaal verlassen und sich nicht an der Beratung und Beschlussfassung beteiligt.

Beschluss: 22 : 0

Zu 1

Im nachfolgenden Bebauungsplanverfahren Nr. 87/17, Schulcampus und Sportpark nördlich und südlich der Mitterfeldallee sowie südlich der Dieselstraße, wird wo es möglich ist ein Teil des Baumbestandes als zu erhaltend festgesetzt; für einen weiteren Teilbereich wird ein Wald-Ausgleich im Gemeindegebiet am Poschinger Weiher als Ersatz hergestellt und zusätzlich ist eine umfangreiche Durch- / Eingrünung vorgesehen.

Zu 2

Im Zuge des Bebauungsplanverfahrens Nr. 85/16, Tiefgarage am Bürgerfestplatz, wurden die Bodenverhältnisse / Baugrund und die Grundwasserverhältnisse untersucht. Die Ergebnisse sind entsprechend in den Bebauungsplan eingeflossen und berücksichtigt worden.

64. Sitzung des Gemeinderates vom 10.04.2019

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Zu 3

Die weiterführenden Bebauungsplanverfahren erlauben eine genaue Bestandsaufnahme des Umweltzustandes. Wo möglich wird bedeutender Baumbestand erhalten, andernfalls durch Vorgaben zur Neupflanzung im Geltungsbereich ausgeglichen oder auch extern in Form von Wald- und oder naturschutzrechtlichem Ausgleich ersetzt.

Deutsche Telekom Technik GmbH

Das Schreiben vom 08.03.2019 wird bekannt gegeben, in dem auf folgende Stellungnahme vom 02.02.2016 hingewiesen wird:

Im dargestellten Plangebiet befindet sich bereits eine Telekommunikationsinfrastruktur. Änderungen sind zurzeit nicht geplant. Notwendige Strukturmaßnahmen werden im Rahmen von neuen oder geänderten Bebauungsplänen angestoßen. Bei allen Grabungen am oder im Erdreich, ist beiliegende Kabelschutzanweisung unbedingt zu beachten.

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Eine Beschlussfassung ist nicht veranlasst.

Gemeinde Unterföhring

In der Plandarstellung für den geplanten Feststadel ist statt dem Symbol „soziale Einrichtung“ die textliche Zweckbestimmung „kulturellen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen: öffentlicher Feststadel“ zu verwenden.

Herr Ebert hat zu diesem Unterpunkt den Sitzungssaal verlassen und sich nicht an der Beratung und Beschlussfassung beteiligt.

Beschluss: 22 : 0

Die Plandarstellung und Legende sowie die städtebauliche Begründung wird gemäß den Festsetzungen im Bebauungsplan Nr. 88/18 redaktionell geändert: Statt dem Symbol „soziale Einrichtung“ erfolgt die textliche Zweckbestimmung: „Kulturellen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen: öffentlicher Feststadel“

64. Sitzung des Gemeinderates vom 10.04.2019

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Weiteres Vorgehen

Die o.g. redaktionellen Änderungen, Ergänzungen und Hinweise, welche im Verfahren nach § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB vorgebracht wurden, sind in den Flächennutzungsplan einzuarbeiten.

Eine weitere Auslegung ist nicht mehr erforderlich, da nur redaktionelle Hinweise und Anregungen vorliegen. Die Aktualisierung des Flächennutzungsplanes kann somit festgestellt werden.

Beschluss: 23 : 0

Die Aktualisierung des Flächennutzungsplanes in der Fassung vom 07.02.2019, ist unter Berücksichtigung der vorstehenden Beschlüsse zu ergänzen. Der aktualisierte Flächennutzungsplan erhält das Fassungsdatum 10.04.2019.

Die Aktualisierung des Flächennutzungsplanes in der Fassung vom 10.04.2019, mit den redaktionellen Änderungen, Ergänzungen und Hinweisen, wird festgestellt.

Das Genehmigungsverfahren gemäß § 6 BauGB ist durchzuführen.

AZ 6100
Bauamt

878 23 **Rückwirkende Erstattungsbeträge des Landkreises für den Neubau des Werner-Heisenberg-Gymnasiums in Garching**

Der Vorsitzende erinnert an den Beschluss des Kreistags vom 23.07.2018, in dem die an die Zweckverbände bzw. Gemeinden auszahlenden Erstattungsbeträge im Rahmen der rückwirkenden Umstellung der Zweckverbandsfinanzierung (von 30% auf 70% der zuweisungsfähigen Kosten) für die Jahre 1993 - 2017 im Landkreishaushalt beschlossen worden sind. Gemäß Schreiben des Landratsamtes vom 11.03.2019 umfasst der Erstattungsbetrag i.H.v. 9.481.520,44 € den Ersatzneubau und die Außenanlagen.

Der Zweckverband teilt mit, dass laut Satzung die Erstattungsbeträge auf die Verbandsgemeinden entsprechend den Schülerzahlen der ersten 5 Jahre nach Inbetriebnahme des Neubaus aufgeteilt werden müssten. Wegen der Inbetriebnahme des Gymnasiums Ismaning haben sich die Anteile inzwischen deutlich verschoben. So ist die Zahl Ismaninger Schüler seit 2015 von 375 auf 205 Schüler gesunken

64. Sitzung des Gemeinderates vom 10.04.2019

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

(Unterföhring von 114 auf 95), während die Zahl Garchinger Schüler gestiegen ist.

Die Kämmereien der Verbandsgemeinden sind der Empfehlung des Zweckverbandes gefolgt, dass die Aufteilung des Erstattungsbetrages so vorgenommen wird, wie sie den anteiligen Schülerzahlen in den Schuljahren 2010 - 2015 (während des Baus) und den damaligen anteiligen Abschlagszahlungen entsprochen haben. Hierbei wurde den Kämmereien die verwendete Berechnungsgrundlage mit den Schülerzahlen übermittelt. Da die %-Werte im Nachkommabereich liegen, wurden die Zahlen in der vorläufigen Abrechnung auf ganze Stellen gerundet: Garching 50%, Ismaning 40% und Unterföhring 10%. Bei der Endabrechnung wird sich die Aufteilung entsprechend relativieren.

Mit Schreiben vom 25.03.2019 informiert der Zweckverband die Verbandsgemeinden über die Weiterleitung der anteiligen Erstattungsbeträge. Der Geldeingang i.H.v. 948.152,04 € wurde am 25.03.2019 auf der HHSt. 23000.3400 verbucht.

Beschluss: 23 : 0

Der Gemeinderat nimmt den Sachstand zur Kenntnis und stimmt der Empfehlung des Zweckverbands zu. Die Einnahmen in Form des Erstattungsbetrags i.H.v. 948.152,04 € sind wie erläutert auf der HHSt. 23000.3400 zu verbuchen.

AZ 9
Finanzen

879 23 **Kindertageseinrichtungen Römerweg 34 und Straßäckerallee 13;
Einbau einer Geschirrspülstraße in den jeweiligen Küchen;
Genehmigung von außerplanmäßigen Haushaltsmitteln**

Der Vorsitzende erläutert hierzu kurz den Sachverhalt. Die Kindertagesstätte am Römerweg wurde seinerzeit als Interimsanlage errichtet. Der Erste Bürgermeister verweist in diesem Zusammenhang auf den Gemeinderatsbeschluss vom 26.07.2007, Nr. 1095.

Die seinerzeit verbaute Industriespülmaschine ist seit 2007 in Betrieb und wurde laut Betreiber zwischenzeitlich bereits 11 Mal repariert. Die Kosten für die aktuelle Reparatur würden sich laut Angaben der Techniker auf 350,00 € netto belaufen. Die Reparaturanzeige durch den Betreiber, die AWO, wurde am 14.01.2019 in der Liegenschaftsabteilung eingereicht.

64. Sitzung des Gemeinderates vom 10.04.2019

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Im Hinblick auf die hohen Reparaturkosten und der Tatsache, dass täglich ca. 80 Körbe gespült werden müssen (hierbei handelt es sich um Geschirr und Besteck der verschiedensten Mahlzeiten der Krippen- und Kindergartenkinder wie Frühstück, Zwischenmahlzeit, Mittagessen, Vesper etc.), bat der Betreiber, die AWO, gleichzeitig um Prüfung und Einbau einer Neuanschaffung einer Spülstraße.

Die Rückfrage durch die Liegenschaftsabteilung in der Fachabteilung für Kindertageseinrichtungen, ergab, dass der Einbau einer Spülstraße im Römerweg aus der Sicht der Fachabteilung die Küchenarbeiten positiv beeinflussen, zu einem optimalen Reinigungsvorgang beitragen und die Geschwindigkeit steigern. Zum anderen können ggf. langfristig Personalmehrkosten auf Grund der schweren Tätigkeit bei weiterer Nutzung eines Industriespülers verhindert werden.

Die Liegenschaftsabteilung hat aufgrund der grundsätzlichen Befürwortung durch die Fachabteilung die ersten Kostenangebote für die neue Spülstraße im Römerweg eingeholt.

Die Gesamtkosten für den Einbau inkl. Spülstraße belaufen sich auf ca. 25.000,- € brutto.

Diese Kosten sind im Haushalt 2019 nicht angemeldet, da der Schadensfall und der daraus resultierende Wunsch hinsichtlich einer Spülstraße erst Mitte Januar 2019 entstand. Hierbei handelt es sich um außerplanmäßige Kosten, die gemäß der Geschäftsordnung durch den Gemeinderat genehmigt werden müssen.

In der Kindertageseinrichtung Straßäckerallee 13 wurden im Vorfeld zur Realisierung eines neuen Küchensystems in Absprache mit der Gemeindeverwaltung Haushaltsmittel im Haushalt 2019 eingeplant. Im Rahmen des Weiteren Ablaufes wurde durch die AWO eine Küchenbegehung mit dem technischen Dienst des Inklusionsamts am 18.12.2018 initiiert. Dabei wurde von den Vertretern der AWO, Frau Kummerer-Beck, auf die Personalsituation in der Küche aufmerksam gemacht, welche deutlich überbesetzt ist. Allerdings ist auch zu bemerken, dass der Krankenstand in der Küche sehr hoch ist und das vorhandene Personal bei Ausfällen schnell überlastet ist.

Ziel dieser Begehung war es, dass sowohl der Arbeitsplatz der Küchenmitarbeiterinnen mit seiner technischen Ausstattung zu beurteilen sowie Arbeitsabläufe zu analysieren, um ggf. organisatorische Änderungen zu überprüfen.

Sofern Mitarbeiter betroffen sind, die mit einer Behinderung oder Schwerbehinderung die Arbeitsabläufe in der Einrichtung abhalten, ist das Inklusionsamt in eine mögliche Entscheidung einzubinden.

Die wurde vom Träger der Einrichtung berücksichtigt und auch so war ein Vertreter des Inklusionsamtes ebenfalls an dieser Begehung anwesend.

64. Sitzung des Gemeinderates vom 10.04.2019

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Nach Besichtigung des Arbeitsplatzes sowie der geschilderten und teilweise vorgeführten Arbeitsabläufe schlägt das Inklusionsamt u.a. den Einbau einer Spülstraße in entsprechender Arbeitshöhe, mit Auf- und Abnahmebereich auf Schienen konzipiert, was eine sinnvolle Ergänzung wäre, um die Arbeitsabläufe ergonomischer zu gestalten, vor.

Ferner wird die Anschaffung eines oder mehrerer elektrisch betriebener Küchencontainer favorisiert. Idealerweise sollten diese so konzipiert und ausgestattet sein, dass Arbeitsgänge eingespart werden können. Als Beispiel sei hier genannt, dass nach Zubereitung einer Suppe diese schon in der Küche in die Behälter abgefüllt wird, die ohne weiteres Umfüllen die Gruppen erreichen, um dann unmittelbar auf die Teller verteilt zu werden.

Die Summe aus innovativer technischer Ausstattung und organisatorischen Gestalten von Arbeitsabläufen wird zu besseren Arbeitsbedingungen führen. Hierfür ist die Fachkompetenz von Küchenarbeitsplatzplanern und Ausstattern heranzuziehen.

Der Vorsitzende gibt das Begehungsprotokoll vom 18.12.2018 hierzu dem Gremium bekannt.

Seitens der Verwaltung wird im Hinblick auf diesen Umstand vorgeschlagen, den Einbau einer Spülstraße sowie die Küchencontainer anzuschaffen. Seitens der Verwaltung wurden hierfür Kosten in Höhe von 30.000,- brutto geschätzt und in den Haushalt 2019 eingestellt.

Allerdings wurden keine Planungskosten für die angeregten Planer seitens des Inklusionsamtes eingestellt. Die Verwaltung wird diese Maßnahme gemeinsam mit dem Inklusionsamt abstimmen, jedoch keine zusätzlich Planungskosten für innovative technische Ausstattungen vornehmen, da es sich bei der Straßäckerallee 13 um eine sogenannte Interimsanlage handelt. Für die Einrichtung an der Straßäckerallee 13 sind bei der Haushaltsstelle 46470.5020 ausreichende Haushaltsmittel eingestellt und vorhanden.

Herr Axenbeck hat zu diesem Tagesordnungspunkt den Sitzungssaal verlassen und sich nicht an der Beratung und Beschlussfassung beteiligt.

Beschluss: 22 : 0

Der Gemeinderat nimmt den Sachverhalt zur Kenntnis und stimmt einem Einbau von Spülstraßen in den Kindertagesstätten Römerweg 34 und Straßäckerallee 13 zu. Die benötigten Haushaltsmittel in Höhe 25.000,- € brutto werden bei der Haushaltsstelle 45460.9421 als außerplanmäßige Haushaltsmittel genehmigt.

AZ 4233
Bauamt

64. Sitzung des Gemeinderates vom 10.04.2019

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

880 23 **Spenden für kommunale gemeinnützige Zwecke 2018**

Der Bürgermeister verweist auf die bei der Gemeinde jährlich eingehenden Spenden für kommunale gemeinnützige Zwecke und weist darauf hin, dass durch die Entgegennahme für Bürgermeister, Gemeinderat und Verwaltung das Risiko besteht, dem Verdacht der Vorteilsannahme (§ 331 StGB) ausgesetzt zu werden.

Um dem entgegen zu wirken hat das Bayerische Staatsministerium des Inneren mit dem Bayerischen Staatsministerium der Justiz und den kommunalen Spitzenverbänden Handlungsempfehlungen im Umgang mit solchen Zuwendungen erarbeitet.

In diesem Schreiben vom 27.10.2008 wird dem Gemeinderat empfohlen, über die Annahme solcher Zuwendungen zu entscheiden.

Die Empfehlungen finden keine Anwendung bei Zuwendungen, deren Entgegennahme nach der allgemeinen Verkehrsanschauung als sozial üblich gilt.

Der Vorsitzende eröffnet die Möglichkeit zur Einsichtnahme in die Spendenlisten.

Die jährlichen Zuwendungslisten sind nach heutigem Beschluss der Rechtsaufsichtsbehörde zur Kenntnis zu übermitteln.

Herr Axenbeck und Frau Rader haben zu diesem Tagesordnungspunkt den Sitzungssaal verlassen und sich nicht an der Beratung und Beschlussfassung beteiligt.

Beschluss: 21 : 0

Der Gemeinderat befürwortet die Annahme der Spenden 2018 für verschiedene kommunale gemeinnützige Zwecke i. H. v. 12.072,11 € und stimmt der Annahme von Spenden i. H. v. 9.173,98 € für den Hospizkreis Unterföhring laut vorgelegter Aufstellungen vom 27.02.2019 zu.

Die Zuwendungslisten sind der Rechtsaufsichtsbehörde zu übermitteln.

AZ 9
Finanzen

881 23 **Bauleitplanung der Gemeinde Aschheim, 44.
Flächennutzungsplanänderung; frühzeitige Beteiligung der Behörden
und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB**

Der Vorsitzende gibt bekannt, dass die Gemeinde Aschheim mit E-Mail vom 18.03.2019 zur 44. Änderung des Flächennutzungsplanes um Stellungnahme

64. Sitzung des Gemeinderates vom 10.04.2019

Lfd. Nr. Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB gebeten hat. Die entsprechenden Unterlagen des Planungsverbands Äußerer Wirtschaftsraum München, Stand: 24.01.2019, wurden den Gremiumsmitgliedern zur Verfügung gestellt.

Die Gemeinde Aschheim plant mit dem 44. Änderungsverfahren den bestehenden Flächennutzungsplan in folgenden Bereichen zu ändern:

Änderungsbereich 1

Änderung von „geschlossener Baum- und Strauchpflanzung mit heimischen Laubgehölzen und Biotopvernetzungsflächen“ in „Gewerbegebiet“ und Änderung von „Fläche für besondere landschaftliche Maßnahmen (Ausgleichsfläche)“ in „Fläche für Landwirtschaft“

Lage: östlich des Einsteinrings (Gewerbegebiet Dornach)

Ziel/Zweck: Die im Flächennutzungsplan ausgewiesene Ausgleichsfläche kann so nicht umgesetzt werden und wird an anderer Stelle im Gemeindegebiet Aschheim (Änderungsbereich 2) nachgewiesen. Die bereits vorhandene Gewerbefläche wird für die Errichtung eines Parkhauses geringfügig erweitert.

Änderungsbereich 2

Änderung von „Fläche für Landwirtschaft“ bzw. „Sondergebiet“ mit vorhandener Schutz- und Leitpflanzung bzw. geplanter Baum- und Strauchpflanzung in „Fläche für besondere landschaftliche Maßnahmen (Ausgleichsfläche)“

Lage: nördlich des BMW-Testgeländes

Ziel/Zweck: Schaffung von Ausgleichsflächen für die entfallenden Flächen im Änderungsbereich 1 sowie für zukünftige Baumaßnahmen in der Gemeinde Aschheim.

Darüberhinaus wird um Äußerung im Hinblick auf den erforderlichen Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB gebeten.

Herr Axenbeck und Frau Rader haben zu diesem Tagesordnungspunkt den Sitzungssaal verlassen und sich nicht an der Beratung und Beschlussfassung beteiligt.

Beschluss: 21 : 0

Der Gemeinderat nimmt die 44. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Aschheim inkl. der Unterlagen des Planungsverbands Äußerer Wirtschaftsraum München, Stand: 24.01.2019, in den vorgenannten zwei Änderungsbereichen zur Kenntnis. Seitens der Gemeinde Unterföhring werden keine Anregungen oder Bedenken vorgebracht.

Zur Umweltprüfung werden seitens der Gemeinde keine Äußerungen vorgebracht.

AZ 6100
Bauamt

64. Sitzung des Gemeinderates vom 10.04.2019

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

882

23

Bekanntgaben / Anfragen

BEK 04/19 Antrag B90/DIE GRÜNEN zur Gestaltung der Bürgerversammlung

Der Vorsitzende informiert darüber, dass die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN mit Schreiben vom 24.02.2019 folgenden Antrag eingereicht hat:

„Der Gemeinderat möge beschließen:

*Für die Bürgerversammlung am 24.10.2019 wird ein neues Format gewählt.
Sollte sich dieses Format bewähren, wird es zum Standardformat.*

- 1. Die Sachvorträge des Bürgermeisters, Landrats, der Polizei werden zeitlich auf insgesamt max. 30 Minuten begrenzt. Detaillierte Ausführungen werden in einer ansehnlich gestalteten Infobroschüre für die Bürgerschaft zum Nachlesen bereitgestellt.*
- 2. Die Bürgerversammlung wird nach Vorbild der Sendung des Bayerischen Rundfunks „Jetzt red i“ gestaltet. D.h. die Bürgerinnen stellen Fragen, bringen Anträge/Vorschläge ein.*
- 3. Die Fraktionsvorsitzenden stehen für Fragen der Bürger zur Verfügung.*
- 4. Um die Fragen zu bündeln, bzw. die Diskussion zu leiten, schlagen wir einen Moderator vor.*
- 5. Anstelle der Reihenbestuhlung werden Tische aufgestellt. Eine Bewirtung soll ermöglicht werden“*

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass gemäß Art. 18 Abs. 1 GO die Durchführung der Bürgerversammlung originäre Aufgabe des Bürgermeisters ist.

Es obliegt ihm zur Bürgerversammlung zu laden sowie die Durchführung zu organisieren.

Der Gemeinderat kann zwar durch Beschluss Einfluss auf die Häufigkeit von Bürgerversammlungen nehmen; auf die Gestaltung der Bürgerversammlung (inklusive der Tagesordnung) erstreckt sich sein Recht jedoch nicht.

Daher wird der o.g. Antrag der Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN auch nicht zur Behandlung an den (nicht zuständigen) Gemeinderat weitergegeben.

AZ 0263
Hauptamt

64. Sitzung des Gemeinderates vom 10.04.2019

Lfd.
Nr. Anwe-
 send

Vortrag - Beschluss

- 882 23 **Bekanntgaben / Anfragen**
BEK 04/19 Antrag SPD-Fraktion Wohnbaubeplanung Grundstück des
derzeitigen FFW-Gerätehauses

Der Vorsitzende gibt bekannt, dass die SPD-Fraktion mit Schreiben vom 04.04.2019, eingegangen am 05.04.2019, einen Antrag zur „Wohnbaubeplanung auf dem Grundstück des derzeitigen FFW-Gerätehauses“ gestellt hat.

Dieser wird in einer der nächsten Sitzungen zur Behandlung aufgerufen.

AZ 0241
Hauptamt

- 882 23 **Bekanntgaben / Anfragen**
BEK 04/19 Antrag 1. Schwimmverein Unterföhring

Der Vorsitzende gibt bekannt, dass der 1. Schwimmverein Unterföhring mit Schreiben vom 02.04.2019, eingegangen am 03.04.2019, einen Antrag auf „Übernahme der Kosten für Schwimmkurse von bedürftigen Unterföhringer Kindern“ gestellt hat.

Dieser wird in einer der nächsten Sitzungen zur Behandlung aufgerufen.

AZ 0241
Hauptamt

- 882 23 **Bekanntgaben / Anfragen**
BEK 04/2019 Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV); Einsatz von
Elektrobussen, Ortsbuslinie 232; Finanzierung

Der Vorsitzende erinnert an die Bekanntgabe in der Sitzung des Gemeinderates vom 10.01.2019, Nr. 836.

In den Sitzungen des Landratsamtes München, Ausschuss für Mobilität und Infrastruktur, am 12.02.2019; Kreisausschuss am 18.02.2019 und Kreistag am 25.03.2019 wurde das Thema zur Übernahme des Finanzierungsanteils durch den Landkreis der MVV-Regionalbuslinie 232 mit Batteriebusen der Gemeinde Unterföhring behandelt.

In dem abschließenden Beschluss des Kreistages am 25.03.2019 wurde mit 52:1 Stimmen beschlossen, dass der Landkreis München die Betriebskosten der MVV-Regionalbuslinie 232 mit Elektrobussen vollständig übernimmt. Die mit der Gemeinde Unterföhring geschlossene Zweckvereinbarung für das Projekt „Betrieb der MVV-Regionalbuslinie 232 ab dem Fahrplanwechsel im Dezember 2019 mit Batteriebusen“ aus dem Juni 2016 wird entsprechend

64. Sitzung des Gemeinderates vom 10.04.2019

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

der geänderten Kostentragung in Abstimmung mit der Gemeinde Unterföhring angepasst.

Die Finanzierung der Ladeinfrastruktur an der Strecke und die anfallenden Kosten für die Begleitung des Projekts durch den Projektsteuerer trägt die Gemeinde Unterföhring.

AZ 851
Bauamt

882

23

Bekanntgaben / Anfragen

BEK 04/2019 Öffentlicher Personen- und Nahverkehr (ÖPNV); Stadtbuslinien 188 und 189; Ausweitung des Taktes zum Fahrplanwechsel im Dezember 2019

Der Vorsitzende erinnert an den Beschluss des Gemeinderates vom 14.03.2019, Nr.866. Der Gemeinderat nahm die Fortführung der Verkehrsverträge der MVG-Buslinien 188 und 189 ab Dezember 2019 für weitere drei Jahre zur Kenntnis. Darüber hinaus wurde beschlossen, dass dem Ausschuss für Mobilität und Infrastruktur des Landkreises München für seine Sitzung am 09.04.2019 der Hinweis vorgelegt werden soll, dass die Fahrzeiten der Buslinie 188, Linienführung Unterföhring Fichtenstraße – St. Emmeram, ab Fahrplanwechsel Dez. 2019 an allen Tagen bis 24:00 Uhr im 20 Minuten Takt verlängert werden sollen.

Nachdem die Verwaltung diesen Hinweis an das Landratsamt München weitergegeben hat, wurde mit E-Mail vom 27.03.2019 mitgeteilt, dass für den Ausschuss für Mobilität und Infrastruktur am 9. April 2019 wie folgt berücksichtigt wurde:

„Bei den seitens des Gemeinderates gewünschten Anpassungen am Leistungsbild der L188 zu einem durchgehenden 20-Minuten-Takt bis 0 Uhr an allen Tagen Mo. – So. handelt es sich um eine umfangreiche Leistungsausweitung gegenüber dem Status quo.

Nach Einschätzung des MVV und der Verwaltung ist hierfür ein erheblicher Prüfungsaufwand und Abstimmungsbedarf mit der MVG erforderlich. Zudem wäre die Finanzierung der zusätzlichen Fahrten mit Ihnen als Gemeinde noch abzustimmen, denn derzeit werden die Kosten für die Bedienung des Streckenabschnittes Unterföhring, Fichtenstraße bis zum vom NVP vorgesehenen Haltepunkt Unterföhring [S] vollständig durch die Gemeinde Unterföhring getragen.

Die Verwaltung schlägt deshalb vor, die Anregung des Gemeinderates zur Anpassung des Leistungsbildes bei der L188 aufzugreifen und an den mit der Fortschreibung des Nahverkehrsplanes des Landkreises München beauftragten Gutachter als Prüfauftrag zu übergeben.

Bei einem positiven Prüfungsergebnis könnte eine Umsetzung aufgrund der vorgesehenen Vertragslaufzeit von drei Jahren relativ zeitnah erfolgen. Zudem

64. Sitzung des Gemeinderates vom 10.04.2019

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

wäre eine entsprechende Fahrplananpassung ggf. auch während der Vertragslaufzeit umsetzbar.“

Der Vorsitzende gibt die E-Mail vom 27.03.2019 bekannt.

Sobald das Ergebnis vom Gutachter vorliegt, wird der Gemeinderat entsprechend informiert.

AZ 851
Bauamt

882

23

Bekanntgaben / Anfragen

BEK 04/19 Historischer Ortsrundgang - Sachstandsbericht

In seiner Sitzung am 11.01.2018 hat der Gemeinderat auf Antrag von Bündnis 90/Die Grünen die Verwaltung beauftragt, insbesondere in Zusammenarbeit mit dem Ortschronisten Caesar Frey, einen „ortsgeschichtlichen Weg“ zu erarbeiten.

Es sollen dort geschichtsrelevante Orte und Häuser vorkommen, vor denen eine Tafel angebracht wird. Auch eine App soll erstellt werden, mit der man die Runde gehen kann.

Wegen des bereits bestehenden „Ortsgeschichtlichen Wegs“ mit seinen Platten auf dem Tunnelweg wurde dem Projekt der Arbeitstitel „Historischer Ortsrundgang“ gegeben. Die Erarbeitung dieses Rundgangs, hat die Abteilung Öffentlichkeitsarbeit/Referent des Bürgermeisters übernommen.

Nach wie vor läuft die Recherchearbeit, auch wurden Beispiele aus der Praxis anderer Gemeinden zusammengetragen.

Gemeinsam mit dem Gemeindearchiv wurde vorhandenes Katastermaterial gesichtet um die Lage der Höfe im alten Ort und heute zeigen zu können; eine Liste eventuell relevanter Höfe und Gebäude wurde – zunächst mit Hilfe der Ortschronik von 1980 – erstellt.

Die Foto-Bestände im Heimatmuseum wurden gesichtet und den Höfen zugeordnet – es zeigten sich noch deutliche Lücken im alten Bilderbestand.

Nun wird sich die Verwaltung mit in der Ortsgeschichte erfahrenen Unterföhringern zusammensetzen, um bei Gebäuden und Höfen Schwerpunkte zu setzen und eventuelle Kontakte zu Privatpersonen zu vermitteln die über Bildmaterial und Geschichten verfügen könnten. An diesem Freitag, 12.04.2019, trifft sich eine erste Runde.

AZ 3220
Referent des Bürgermeisters

64. Sitzung des Gemeinderates vom 10.04.2019

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

-
- 882 23 **Bekanntgaben / Anfragen**
 BEK 04/19 Kostenübersicht über die Großprojekte in Unterföhring im
 ersten Kalendervierteljahr 2019

Der Vorsitzende bringt die Sitzung des Finanzausschusses vom 24.10.2018 in Erinnerung. Unter dem nicht öffentlichen Beschluss G167 wurde vom Gremium festgelegt, dass ab dem Jahr 2019 jeweils pro Kalendervierteljahr eine Kostenübersicht über die Großprojekte zu erstellen und dem Gemeinderat vorzulegen ist.

Der Vorsitzende weist bei der Kostenübersicht darauf hin, dass die Zahlenwerte sogenannte Stichtagswerte sind. Die Daten werden jeweils am letzten Buchungstag des entsprechenden Monats ausgewertet.

AZ 9
Finanzen

- 882 23 **Bekanntgaben / Anfragen**
 Anfrage Frau Schödl Grünfläche Aschheimer Spielplatz

Frau Schödl erkundigt sich nach den Arbeiten auf den Grünflächen des Aschheimer Spielplatzes; diese seien derzeit umgeackert.

Die Verwaltung wird den Anlass bzw. die Hintergründe dieser -vermutlich der Pflege dienenden- Maßnahme klären.

AZ 0241
Hauptamt

- 882 23 **Bekanntgaben / Anfragen**
 Anfrage Frau Schödl Sitzgelegenheiten im Kleinkinder-Spielbereich

Frau Schödl erkundigt sich nach Sitzgelegenheiten sowie Überdachungen im Kleinkinder-Spielbereich von Spielplätzen. Die Erwachsenen würden sich freuen, wenn dieses Angebot wieder geschaffen werden könnte.

Die Verwaltung nimmt die Anregung mit und schaut nach einer entsprechenden Lösung.

AZ 0241
Hauptamt

64. Sitzung des Gemeinderates vom 10.04.2019

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

882

23

Bekanntgaben / Anfragen

Anfrage Herr Prieler Biber am Tassiloweg

Herr Prieler berichtet von Biber-Schäden im Bereich des Tassilowegs.

Die Verwaltung kennt die Situation vor Ort bereits und wird den Biber-Beauftragten entsprechend einschalten.

AZ 0241
Hauptamt

882

23

Bekanntgaben / Anfragen

Anfrage Herr Guist Ausfahrt Rathausparkplatz

Herr Guist berichtet, dass die Ausfahrt-Situation vom Rathausparkplatz durch die Auffahrt von der Tiefgarage oft unübersichtlich ist. Er regt daher an, hier z.B. durch einen Verkehrsspiegel die Einsehbarkeit der Auffahrt zu optimieren.

Die Verwaltung nimmt die Anregung mit und prüft geeignete Maßnahmen zur Optimierung der Ausfahrt-Situation.

AZ 0241
Hauptamt

Nachdem keine weiteren Anfragen gestellt werden dankt der Vorsitzende den Mitgliedern für die heutige Sitzung, wünscht allen Anwesenden einen guten Heimweg und beendet die Sitzung um 22.46 Uhr.



Andreas Kemmelmeier
Erster Bürgermeister



Lothar Kipp
Schriftführer